

WIRTSCHAFT & POLITIK

In Berlin wächst die
Angst vor Populisten
Pegida-Aufmarsch
in Dresden



Angst vor dem Zorn

FLÜCHTLINGE

In vielen Ländern ist die Wut auf Flüchtlinge ein politischer Verkaufsschlager. Unter Bundespolitikern wächst die Sorge: Wann bei uns?

Sigmar Gabriel war abgelenkt. Der SPD-Chef und Vizekanzler saß vorige Woche mit Ländervertretern zusammen, es ging, natürlich, auch um Flüchtlinge, um Notaufnahmelager, Vorrangsprüfungen und sogenannte Hotspots entlang von Europas Außengrenzen.

Aber Gabriels persönlicher Hotspot lag auf seinem Handy. Dort trudelten Nachrichten ein, dass Kanzlerin Angela Merkel auf der Rangliste der beliebtesten deutschen Politiker übel abgerutscht sei. Die Frage, ob die Kanzlerin auch künftig eine „wichtige Rolle“ spielen solle, beantworteten nur 63 Prozent der Befragten mit Ja, ein Minus von fünf Punkten. Eifrig tippend wollte Gabriel genau wissen, ob es solche Verschiebungen schon mal gegeben habe.

Ein Moment der Hoffnung also für den SPD-Vorkämpfer, der die scheinbar übermächtige Regierungschefin 2017 herausfordern will. Doch es ist, selbst für ihn, ein Mo-

ment gemischter Gefühle. Denn Merkels Abstieg könnte zu einem anderen Aufstieg führen – dem der deutschen Zornfraktion. Quer durch die Berliner Republik ist die Sorge zu spüren, dass das deutsche Flüchtlings-Spätsommermärchen schon bald nicht nur für Merkel vorbei sein könnte, sondern für alle etablierten Parteien. Der Erfolg der FPÖ bei den österreichischen Regionalwahlen am Wochenende rief in Erinnerung, wie schnell das gehen kann. In Oberösterreich verdoppelte die rechtspopulistische Partei – die entschieden gegen mehr Flüchtlinge Stimmung macht – ihren Stimmenanteil auf mehr als 30 Prozent. Spätestens seither herrscht in Berlins Parteizentralen Populisten-Alarm. „Wir haben Angst vor dem Volk“, sagt ein hochrangiger Unionsmann. Zu Recht? Am Montag demonstrierten in Dresden 10 000 Pegida-Anhänger. Dabei unterstellten Redner Flüchtlingen mangelnde Hygiene und wetterten gegen „muslimische Wurfmaschinen“. Die Zuhörer schrien „Merkel muss weg“ und „Widerstand“. In Mecklenburg-Vorpommern klagten NPD-Abgeordnete das Recht ein, eine Flüchtlingsunterkunft zu besuchen – um dort zu fragen, warum Migranten zusätzliche Kleidung bekommen könnten und in der Kantine Schweinefleischesser diskriminiert wür-

den. In Erfurt lud die AfD zur „Herbstoffensive“, der Redner sprach vom „Asylchaos“, das einfach jeden Rahmen sprengt.

Diese Botschaften scheinen anzukommen. In Sachsen liegt die AfD in Umfragen auf 13 Prozent, gleichauf mit der SPD. Die NPD würde nun den Sprung in den Landtag schaffen. Auch in Sachsen-Anhalt, wo in einem halben Jahr Wahlen anstehen, legen beide Parteien zu. Bundesweite Umfragen sehen die AfD schon bei sechs Prozent.

Aus internationaler Sicht ist der Trend kaum überraschend. Das Ausland staunte ja zuletzt mehr noch als über deutsche Tugenden wie Weltoffenheit oder Hilfsbereitschaft über das hiesige Fehlen einer Untugend, die in anderen Ländern längst zum politischen Verkaufsschlager geworden ist: Zorn auf Flüchtlinge. US-Präsidentschaftsbewerber Donald Trump nennt Migranten aus Mexiko pauschal Vergewaltiger und Kriminelle. In Frankreich profitiert der rechtsextreme Front National von den Flüchtlingsdebatten, obwohl das Land verhältnismäßig wenige Menschen aufgenommen hat. Im einst so weltoffenen Großbritannien wünschen sich drei Viertel der Bürger weniger Zuwanderung, und Premier David Cameron warnt vor „Schwärmen von Menschen“ an den Grenzen. Von der aufgeheizten Stimmung in Ungarn oder Österreich ganz zu schweigen.

„Nicht nur Wohlfühlsprech“

In Deutschland hingegen hat Kanzlerin Merkel bislang moralisch argumentiert. „Dann ist das nicht mehr mein Land“, so eindrucksvoll erteilte sie einem fremdenfeindlichen Kurs eine öffentliche Absage. Doch es hat nur wenige Wochen gedauert, bis zumindest Merkels Credo „Wir schaffen das“ unter Beschuss aus den eigenen Reihen gerät. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch fordert das Aussprechen „unbequemer Wahrheiten“ und sagt: „Es kann nicht nur Wohlfühlsprech geben.“ Eckhardt Rehberg, Unionsmitglied im Haushaltsausschuss, stellt klar: „Steuererhöhungen zur Finanzierung der Flüchtlingskosten schließe ich aus.“ Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer hat in der Frage sogar offen mit der Kanzlerin gebrochen, jeden Tag sticheln Christsoziale gegen Merkels Flüchtlingspolitik. „Wir müssen die Sorgen der Menschen ernst nehmen“, sagt der CSU-Bundestagsabgeordnete Alexander Radwan. „Wir sprechen über Bayern hinaus für alle, die Probleme mit dem Kurs der Regierung Merkel haben.“

Diese Kanzlerinnen-Kritiker fühlen sich bestärkt von Bundespräsident Joachim Gauck, der gesagt hatte: „Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich.“ Natur-

„Steuererhöhungen zur Finanzierung der Flüchtlingskosten schließe ich aus“

Unionshaushaltspolitiker Rehberg

lich geht es ihnen auch darum, der rechtsnationalen AfD nicht zu viel Spielraum zu überlassen – getreu der alten Doktrin von CSU-Urgestein Franz Josef Strauß, es dürfe rechts von der Union keine demokratisch legitimierte Partei geben. Das alles vermischt sich mit der Sorge, wie sehr die Flüchtlinge verändern könnten, was Deutschland im Innersten zusammenhält. Eingeweihte berichten von tränenreichen Unionsdebatten, in denen Sätze zum bevorstehenden „Untergang des Abendlandes“ fallen sollen.

Polit-Prophylaxe gegen zu viel Frust

Bei der SPD, wo man sich über die Kurzzeitschwäche der Kanzlerin freuen mag, gibt es derlei Sorgen zwar mittelfristig auch. Parteichef Gabriel lässt gerade die ersten 20 Artikel des Grundgesetzes ins Arabische übersetzen, als eine Art Empfehlungshandbuch für deutsche Leitkultur. Aber die Angst ihrer Wähler, künftig mit Flüchtlingen um Jobs und Sozialleistungen konkurrieren zu müssen, treibt die SPD-Spitze mehr um. Es ist kein Zufall, dass Sozialdemokraten derzeit sehr häufig über Langzeitarbeitslose sprechen. Gabriel etwa gibt mahnend zu Protokoll, es gäbe „immer noch zu viele“.

Die Botschaft soll polit-prophylaktisch wirken: Vergessen wir bei allem Engagement für Flüchtlinge nicht diejenigen, die es

Damit aus Ausbrüchen wie diesen keine Welle wird, betont die SPD gerade die vermeintlich nebensächlichen Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels: die Mittel-Aufstockung für den sozialen Wohnungsbau etwa oder die Umleitung des Betreuungsgeldes an die Länder, um die Kinderbetreuung weiter auszubauen. Auch die jüngst beschlossene – aber ohnehin turnusmäßig anstehende – Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um fünf Euro ab Januar 2016 passt den Genossen gut ins Konzept. Noch ein Argument gegen die Klage, es fließe nur noch Geld für Flüchtlinge.

Debatte über die schwarze Null

Klar ist auch: Reichen die von Finanzminister Wolfgang Schäuble zugesagten Extramilliarden nicht aus, um die Kosten in diesem und im kommenden Jahr zu decken, werden die Sozialdemokraten eine Debatte über die schwarze Null lostreten, den schuldenfreien Bundeshaushalt, der Schäuble lieb und teuer ist. „Sollten wir statt neuer Schulden über Sparorgien reden, können wir AfD und NPD gleich zehn Prozent der Stimmen schenken“, sagt ein SPD-Mann. Diese Sorge zieht sich durch alle Parteien. Bei den Grünen wollen Bundesobere zwar Grenzen immer weiter öffnen. Doch auf Länderebene überwiegen Pragmatismus oder gar offene Zweifel. Selbst Vertreter der

Linken, verankert im aufnahmeskeptischen Osten, halten sich mit Willkommensjubel zurück. „Wir wissen ja nicht, wer noch alles kommt“, sagt ein führender Linker.

Und weiß jemand, wie sich Deutschland entwickelt? Derzeit hegen die Bürger, beschwichtigten Merkel-Vertraute, noch ein starkes Staatsvertrauen. Die schaffen das, das denken viele von den Behörden. Aber was, wenn daran Zweifel wachsen, etwa weil die Konjunktur schwächelt? Dann könnte sich der Frust über Zuwanderer mit etwas anderem verbinden, der Angst vor wachsender sozialer Ungleichheit.

Auch dieser Trend ist in anderen Ländern zu beobachten. Der Front National ist fremdenfeindlich, aber ebenso turbokapitalismuskritisch. Donald Trump, obschon Milliardär, lehnt das kapitalistische System in den USA als unfair ab, das erklärt mit seine Popularität. „Geht es Deutschland schlechter, könnten Populisten die Angst vor Flüchtlingen mit der vor sozialer Ungleichheit wirkungsvoll verknüpfen“, sagt US-Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz. Noch gibt es in Deutschland keinen Politiker, dem dies gelingt. Doch wird dies so bleiben? „Man muss mit der Angst so umgehen, dass man sagt: Wir bewältigen das und tun auch für die Bevölkerung genug, dass es bewältigt wird. Wenn man das nicht tut, schürt man Angst und treibt diese Angst in Aggression“, warnt der Berliner Extremismusforscher Hajo Funke.

Ein aggressives Deutschland wäre in Merksels eigenen Worten nicht mehr ihr Land. Es wäre aber wohl auch ein Land ohne sie als Kanzlerin. ■

gregorpeter.schmitz@wiwo.de | Berlin,
max haerder, christian ramthun

„Wir sprechen für alle, die Probleme mit dem Kurs der Regierung Merkel haben“

CSU-Politiker Radwan

schon seit längerem auch in unserem Land schwer haben! Nichts fürchtet die SPD mehr als das Aufblühen einer populistisch ausschaltbaren Entweder-oder-Debatte: Gibt der Staat künftig sein Geld für Notunterkünfte oder für Kitas aus, für Asylbewerber-Taschengeld oder zur Sanierung von Schultoiletten? „So weit“, sagt ein Parteivorstand, „darf es nicht kommen.“

Für einen Vorgesmack, mit welcher Wucht eine solche Debatte aber doch kommen kann, braucht Gabriel nur ein paar der Kommentare unter seinem Facebook-Eintrag zum jüngsten Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt zu lesen (Gabriel: „Das ist gut für alle Menschen in Deutschland“). „Macht Ihr Euch um Eure eigenen Landsleute so viele Gedanken wie Ihr sie Euch bei den Flüchtlingen macht?“, schrieb eine Frau. Eine andere notierte entsetzt: „Beim Volk ist nichts passiert!“



Was wird aus Deutschland? Koalitionspolitiker Seehofer, Gabriel, Merkel